

16.2.08 Die Welt

## Regierungserklärung zur Bodenreform angekündigt

POTSDAM - Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD), der seit zwei Wochen in der Bodenreform-Affäre schweigt, will bei der Landtagssitzung am 27. Februar eine Regierungserklärung abgeben. „Sie ist ein geeignetes Mittel, um Regierungshandeln in früheren Zeiten zu erklären“, sagte Regierungssprecher Thomas Braune gestern. Nach dem Urteil des Bundesgerichtshofs (BGH), das dem Land die sittenwidrige Aneignung von rund 10 000 Bodenreform-Grundstücken attestierte, ist die Regierung Platzeck massiv unter Druck geraten. Selbst führende Unionspolitiker werfen vor allem Finanzminister Rainer Speer (SPD) Versagen vor.

„Es wird höchste Zeit, dass sich der Ministerpräsident zu den Vorgängen äußert“, sagte der Landeschef der Linken, Thomas Nord. „Ich erwarte aber nicht nur eine Rückschau, sondern auch eine konkrete Aussage darüber, wie die Landesregierung das Vertrauen in den

Rechtsstaat wieder herstellen will.“ So sei zu klären, wie man mit den unrechtmäßig erworbenen Bodenreform-Grundstücken umgeht. „Das Land ist moralisch wie rechtlich nicht mehr in der Lage, als Akteur aufzutreten“, so Nord. In einem offenen Brief an Finanzminister Speer fordert auch der Anwalt Ulrich Mohr, der das Urteil erstritten hat, den Grundbuchämtern die Listen der Grundstücke zur Verfügung zu stellen. Sie müssten in die Lage versetzt werden, die Einträge des Landes als Eigentümer zu revidieren. Eine gerichtlich überwachte Pflugschaft sei notwendig. Bei der Landtagssitzung soll auf Antrag der Opposition ein Untersuchungsausschuss beschlossen werden.

Unterdessen hat das Finanzministerium auf den wachsenden Unmut darüber reagiert, dass die geschaltete Hotline (0331/581 81 381) ständig besetzt ist. Das Personal sei auf fünf Sachbearbeiter aufgestockt worden.

*gma*